

Protokoll

Nr. 17

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
vom Dienstag, den 25.06.2013.

Durch Einladung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung vom 18.06.2013, veröffentlicht im Usinger Anzeiger vom 21.06.2013, waren die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung unter Angabe der Stunde und des Ortes der Versammlung sowie der Gegenstände der Beschlussfassung auf den 25.06.2013 zur Sitzung in das Bürgerhaus im Ortsteil Anspach einberufen worden.

Die Einladung ging mindestens 5 Tage vor der Sitzung zu.

Sitzungsbeginn: 20:05 Uhr
Sitzungsende: 20:35 Uhr

Anwesend waren:

I. **Hans Bruns, stellvertr. Vorsitzender**

II. **die Vertreter der Stadtverordnetenversammlung:**

- | | |
|------------------------------|-------------------------|
| 1. Andreas Moses | (CDU) |
| 2. Uwe Kraft | (CDU) |
| 3. Corinna Bosch | (CDU) |
| 4. Petra Pippinger | (CDU) |
| 5. Ulrike Bolz | (CDU) |
| 6. Sven Urban | (CDU) |
| 7. Dieter Susemichel | (CDU) |
| 8. Dr. Rainer Schulze Johann | (CDU) |
| 9. Rudi Maas | (CDU) |
| 10. Matthias Weber | (CDU) |
| 11. Alexander Hübner | (CDU) |
| 12. Sandra Kuhnert | (CDU) |
| 13. Reinhard Stephan | (CDU) |
| 14. Heike Seifert | (SPD) |
| 15. William Eyres | (SPD) |
| 16. Sandra Zunke | (SPD)*) |
| 17. André Sommer | (SPD) |
| 18. Jürgen Göbel | (SPD) |
| 19. Erich Jäger | (SPD) |
| 20. Rainer Henrici | (SPD) |
| 21. Gudula Bohusch | (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) |
| 22. Anke Rauhut | (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) |
| 23. Wolfgang Wagner | (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) |
| 24. Petra Gerstenberg | (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) |
| 25. Enno Pflug | (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) |
| 26. Sabine Botschek | (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) |
| 27. Hans Jürgen Schubert | (FDP) |
| 28. Manfred Klein | (FWG-UBN) |
| 29. Wilfried Lang | (FWG-UBN) |

*) ab Punkt 3.1 der Tagesordnung

III. **vom Magistrat**

1. Klaus Hoffmann, Bürgermeister
2. Luise Drescher-Barthel (CDU)
3. Jürgen Stempel (CDU)
4. Gerhard Hauk (CDU)
5. Werner Götz (SPD)
6. Werner Hollenbach (SPD)
7. Jutta Bruns (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
8. Regina Schirner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
9. Christa Henritzi (FWG-UBN)
10. Klaus Becker (FDP)

IV. **von der Verwaltung**

V. **vom Entwicklungsträger**

-

VI. **Protokollführer**

Dietmar Mohr

B. Es fehlten

I. **die Vertreter der Stadtverordnetenversammlung**

1. Holger Bellino, **Vorsitzender**
2. Heinz Buhlmann (CDU)
3. Reinhard Gemander (CDU)
4. Thomas Pauli (SPD)
5. Rolf Scherer (FDP)
6. Karin Birk-Lemper (FWG-UBN)
7. Claudia Bröse (FWG-UBN)

II. **vom Magistrat**

1. Hartmut Henrici (CDU)

Der stellvertr. Vorsitzende, Hans Bruns, eröffnet die Sitzung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände. Sie wird wie folgt erledigt:

1. Genehmigung der Verhandlungsniederschrift Nr. XI/16/2013 über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10.06.2013

Stadtverordneter Uwe Kraft führt aus, dass er entgegen der Darstellung zu Punkt 3.5 ausführte, dass es nötig sei das Gewerbegebiet zu realisieren, um damit Einnahmen zu erzielen, die für die Refinanzierung für die Infrastruktur der Stadt notwendig sind.

Beschluss

Die Verhandlungsniederschrift Nr.: XI/16/2013 über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10.06.2013 wird mit obigen Änderungen zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Beratungsergebnis: 28 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

2. Punkte ohne Aussprache

2.1 Veräußerung der Grundstücke Gemarkung Anspach Flur 46 Flurstücke 163/1, 163/3 und 163/14, Ludwig-Beck-Weg 6 Vorlage: 122/2013

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Grundstücke Gemarkung Anspach Flur 46, Flurstücke 163/1, 163/3 und 163/14, Ludwig-Beck-Weg 6, an Kurt Hoeppe, Finkenstraße 10, 53547 Breitscheid-Siebenmorgen, zum Kaufpreis von 100.000 € zu verkaufen.

Die Vertragsnebenkosten gehen zu Lasten des Käufers.

Im Haushalt 2013 wurde der Verkauf mit 129.000 € bei der Inv.-Nr. 096107 – An- und Verkauf von Grundstücken – etatisiert.

Beratungsergebnis: 29 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

3. Punkte mit Aussprache

3.1 Nachtragshaushalt 2013 Vorlage: 131/2013

Stellungnahme der Fraktionen

a) Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt Stadtverordnete Gudula Bohusch die Stellungnahme ab. Folgendes Redemanuskript wurde verwendet: Haushaltsrede HH 2013 Nachtrag

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich zunächst im Namen meiner Fraktion bei der Verwaltung, besonders bei der Kämmerei, für das Erstellen des Nachtragshaushaltes 2013 bedanken!

Nur unter sehr strengen Auflagen genehmigte die Kommunalaufsicht den Haushaltsplan 2013. So sollten im Ergebnishaushalt 1 Million und im Investitionshaushalt 3,18 Millionen Euro eingespart werden.

Von diesen 3,18 Millionen Euro gelang es uns, leider nur 713.000 Euro einzusparen. Die restlichen Investitionen von 2,4 Millionen Euro konnten ausschließlich in das kommende Jahr verschoben werden. Sie werden uns 20 14 weiterhin belasten.

Die Stadt Neu-Anspach leistet sich seit vielen Jahren einen defizitären Haushalt.

Einsparpotentiale sind in unserem Haushalt nur sehr schwer zu finden.

Doch gerade dieser Aufgabe sollten, nein müssen wir uns jetzt stellen. Nicht zuletzt, weil wir Landesmittel nur erhalten können, wenn sämtliche Sparmöglichkeiten ausgeschöpft sind.

Allein die fehlende Straßenbeitragssatzung, durch die wir nötige Einnahmen generieren könnten, hat uns bislang den Zugang zu diesen Fördermitteln verwehrt.

Wir, von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN sind überaus froh, dass nun endlich der Erlass einer Straßenbeitragssatzung eine weitere Auflage der Kommunalaufsicht darstellt, der wir uns nun nicht weiter entziehen können.

So war auch vor Jahren die erste Erhöhung der Grundsteuer richtig, um uns überhaupt die Möglichkeit zu geben, Straßen zu sanieren.

Aber das auf 5 Jahre ausgelegte Straßensanierungsprogramm mit einem Budget von 500.000 Euro ist aufgrund der katastrophalen Haushaltslage nicht mehr so durchführbar.

Erfreulicherweise gehört auch die ersatzlose Streichung von 465.000 Euro für das Straßensanierungsprogramm zu den Einsparmaßnahmen aus der Vorschlagsliste der Verwaltung.

Schon mit der Genehmigung des Haushaltes 2012 forderte die Aufsichtsbehörde eine Anpassung der Grundsteuer B an den Landesdurchschnitt.

So wird meine Fraktion einer weiteren Maßnahme aus der Vorschlagsliste zustimmen, die eine Erhöhung der Grundsteuer B um 70 Prozentpunkte empfiehlt. Dies würde Mehrerträgen von 371.518 Euro entsprechen.

Diese solidarische Mehrbelastung der gesamten Bevölkerung halten wir für gerechter und sozial verträglicher, als beispielsweise eine weitere Erhöhung der Kita-Gebühren, die ausschließlich die jungen Familien unserer Stadt belasten würde.

Wir leisten uns ohne Not teure neue Parkplätze und exklusive Ausgestaltungen schon vorhandener Parkplätze.

Hinzu kommen Sanierungen oder Neubau von Sportplätzen, wie die 261.000 Euro, die wir in diesem Jahr für die Sportanlage Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße bewilligt haben, die, aus unserer Sicht, leider auch nicht mehr eingespart werden können, da die Maßnahme schon beauftragt ist.

Bei einer weiteren Verschuldung wird der Regierungspräsident die Stadt unter Aufsicht stellen und sie zwingen, Steuern und Gebühren zu erhöhen und damit die Bürgerinnen und Bürger belasten.

Wollen wir die kommunale Selbstverwaltung wirklich aufs Spiel setzen?

Wir, von Bündnis90/DIE GRÜNEN werden uns auch weiterhin für eine nachhaltige Finanzpolitik einsetzen, aufbauend auf Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

Wir fordern, dass für eine sichere Zukunft nach neuen Einnahmequellen gesucht wird. Die Verpachtung kommunaler Flächen zur Gewinnung Erneuerbarer Energien ist eine Möglichkeit, die auch in Neu-Anspach noch viel Potential hat.

Dieses Gremium wird voraussichtlich heute Abend ein Klimaschutzkonzept Neu-Anspach als politische Handlungsempfehlung für die zukünftige Klimaschutzpolitik in Neu-Anspach beschließen.

Darin verpflichtet sich die Stadt unter anderem bis zum Jahre 2050 eine höchst mögliche eigene erneuerbare Energie-Versorgung sicherzustellen, bestehend aus den drei Hauptsäulen der erneuerbaren Energien, Solarwärme, Umgebungswärme und Windkraft.

Diesem Konzept werden wir, von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vorbehaltlos zustimmen. Dies gilt auch für die Einstellung von 10.000Euro Personalkosten in den Haushalt 2013 für die Stelle eines Klimaschutzmanagers.

Wir halten diese Kosten, trotz aktueller hoher Verschuldung, für eine wichtige Investition in unsere und die Zukunft unserer Kinder.

Bündnis90/DIE GRÜNEN werden dem Nachtragshaushalt 2013 mehrheitlich zustimmen. Vielen Dank! !

B) SPD-Fraktion

Für die SPD-Fraktion gibt Stadtverordnete Heike Seifert die Stellungnahme ab. Sie führt aus, dass auch die SPD-Fraktion der Kämmerei und der Haushaltskonsolidierungsgruppe Dank zolle. Heute gehe es um einen kleinen aber richtungsweisenden Nachtrag. Seit vielen Jahren sei der Haushalt der Stadt nicht mehr ausgeglichen. In der Vergangenheit konnte man mit den Auflagen leben. In diesem Jahr habe die Aufsichtsbehörde jedoch massive Auflagen gemacht. Es gehe nun darum den Sparkommissar zu verhindern. So seien im Ergebnishaushalt 1 Million Euro einzusparen und die Investitionskredite würden nur bis 6 Millionen Euro genehmigt. Dies seien nur 2/3 des Bedarfs. Die SPD habe lange über die Erhöhung der Grundsteuer B beraten. Als Alternativen müssten die freiwilligen Leistungen komplett gestrichen werden und andere Dinge sehr viel kürzen und über die Schließung von liebgewonnen Einrichtungen nachdenken. Um die Belastung so gering wie möglich zu halten und auf viele Schultern zu verteilen bliebe nur die Erhöhung der Grundsteuer B. Was unverständlich sei, dass die Kommunalaufsicht die Stadt nahezu mit den Schuttschirmkommunen nahezu gleichstelle, mit dem Unterschied, dass diese finanziell geholfen bekommen. Dies sei keine Gleichbehandlung der Kommunen. Noch unverständlicher jedoch werde die Sache, wenn man die Urteile zugrunde lege, wonach gerichtlich festgestellt wurde, dass das Land Hessen seine Kommunen nicht mit den nötigen Finanzmitteln ausstatte. Verfassungswidrig

Auch der Ausgleich für die Mehrbelastungen aus Mindestverordnung für die Kindertagesstätten mussten von den Kommunen erst erstritten werden.

Ihre Fraktion wird, wenn auch mit Bauchschmerzen der Einsparliste und der Erhöhung der Grundsteuer B zustimmen.

C) CDU-Fraktion

Für die CDU-Fraktion erklärt Stadtverordneter Uwe Kraft, dass auch seine Fraktion dem Nachtragshaushalt zustimmen werde. Dass der Haushalt defizitär sei, sei bekannt gewesen. Was überraschend gekommen sei, seien die Auflagen der Aufsichtsbehörde im Rahmen der Haushaltsgenehmigung. Müßig sei es darüber nachzudenken, was wäre, wenn die ungerechte Straßenbeitragssatzung eingeführt gewesen wäre. Hier müsse er feststellen, dass anders als dargestellt – da eine Straßenbeitragssatzung fehle –keine Fördermittel in die Stadt geflossen wurde. Auch für die Fortführung der Heisterbachstraße seien Mittel des Landes zugesagt.

Bei der Gesamtliste der Einsparungen haben viele um Verständnis gebeten werden müssen. Der Sportstättenleitplan sei diskutiert worden. Hier habe man festgestellt, dass der weiterer Bedarf an Sportplätzen vorhanden ist. Zu bedenken sei hier auch, dass der Sport in Hessen Verfassungsrang habe.

Insgesamt versuche man mit dem Nachtrag das tun zur finanziellen Verbesserung was 2013 machbar sei. Auch für 2014 müsse man noch prüfen und den Plan durchforsten, was noch an finanziellen Einsparungen möglich sei. ..

Für die Gleichstellung mit den Schuttschirmkommunen müsse man den Regierungspräsidenten ansprechen. Auch seine Fraktion halte die Verfahrensweise der Kommunalausficht für ungerecht.

Die Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs sei lange überfällig. Hier werde man mit den kommunalen Aufgaben allein gelassen. Hier müsse man geschlossen und überparteilich auftreten. Wenn man hier nicht tätig werde, werde man ohne fremde Hilfe nicht auskommen.

Beschluss:

Der Stadtverordnetenversammlung beschließt, die vom Magistrat vorgelegte und vom Haupt- und Finanzausschuss vorberatene 1. Nachtragshaushaltsatzung 2013 wie folgt:

**Nachtragssatzung der Stadt Neu-Anspach
für das Haushaltsjahr 2013**

Aufgrund des § 98 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2011 (GVBl. I S. 786), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Neu-Anspach am 25.06.2013 folgende Nachtragssatzung beschlossen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um EUR	vermindert um EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge	
			gegenüber bisher EUR	auf nunmehr EUR festgesetzt
im Ergebnishaushalt				
im ordentlichen Ergebnis				
die Erträge	371.518	0	21.537.115	21.908.633
die Aufwendungen	0	0	28.315.355	28.315.355
der Saldo	0	371.518	-6.778.240	-6.406.722
im außerordentlichen Ergebnis				
die Erträge	0	0	33.620	33.620
die Aufwendungen	0	0	0	0
der Saldo	0	371.518	-6.744.620	-6.373.102
im Finanzaushalt				
aus laufender Verwaltungstätigkeit				
der Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen		371.518	-5.836.990	-5.465.472
aus Investitionstätigkeit				
die Einzahlungen	0	0	682.860	682.860
die Auszahlungen	0	0	9.870.940	9.870.940
der Saldo	0	0	9.188.080	9.188.080
aus Finanzierungstätigkeit				
die Einzahlungen	0	0	9.188.080	9.188.080
die Auszahlungen	0	0	638.600	638.600
der Saldo	0	0	8.549.480	8.549.480

§ 2

Der Gesamtbetrag der bisher vorgesehenen Kredite wird nicht geändert.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 275.000 EUR um 1.325.000 EUR erhöht und damit auf 1.600.000 EUR neu festgesetzt.

§ 4

Der bisherige Höchstbetrag der Kassenkredite wird nicht geändert.

§ 5

Die Steuersätze für die nachstehende(n) Gemeindesteuer(n) werden wie folgt geändert:

Steuerart	erhöht um v. H.	vermindert um v. H.	gegenüber bisher v. H.	auf nunmehr v. H.
1. Grundsteuer B	70		270	340
2.				
3.				

§ 6

Der bisherige Stellenplan wird nicht geändert.

§ 7

- a) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen oder Kosten dürfen ohne weiteres geleistet werden, wenn sie haushaltsneutralen Charakter haben. Dies gilt insbesondere für die Abwicklung der Inneren Verrechnungen, der kalkulatorischen Kosten, die Verwendung zweckgebundener Spenden, sofern diese aus entsprechenden über- und außerplanmäßigen Einzahlungen resultieren sowie die Verrechnung der Bauhofleistungen.
- b) Über die Leistung der übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen entscheidet im Rahmen des § 100 HGO und der Budgetierungsrichtlinie der Magistrat.

Bei überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen bis zu einem maximalen Überschreibungsbetrag von 25.000 EUR ist der Magistrat zuständig. Ansonsten muss die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung nach Beschlussfassung im Haupt- und Finanzausschuss, eingeholt werden.

- c) Um die Zielsetzungen der Budgetierung nicht zu gefährden, bleiben Deckungskreise von den vorstehenden Festlegungen unberührt.

Beratungsergebnis: 29 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**3.2 Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2014 bis 2018
Vorlage: 129/2013**

Der stellvertr. Vorsitzende, Stadtverordneter Hans Bruns dankt denjenigen, die sich für das Amt des Schöffen zur Verfügung stellen. Dies bedeute Engagement und Bereitschaft und sei nicht immer eine leichte Aufgabe.

Stellungnahme des Haupt- und Finanzausschusses

Für den Haupt- und Finanzausschuss erklärt Stadtverordnete Ulrike Bolz, dass im Ausschuss die Ursprungsliste um zwei Namen ergänzt wurde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nachstehende Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2014 bis 2018.

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Beruf	Geb. Datum	Geburtsort	Wohnort	Straße, Haus-Nr.
1	Abel	Annette	Dipl.-Ing. Architektin	01.06.1971	Usingen	Neu-Anspach	Höhenstr. 45
2	Braun geb. Hahn	Karin	Pharmaz. Kaufm. Angestellte	12.07.1958	Idar-Oberstein	Neu-Anspach	Mierendorffweg 5
3	Chlebnitschek	Gottlieb Josef	Bankkaufmann	02.04.1955	Mansbach	Neu-Anspach	Kleistweg 11
4	Dieckmann	Ralf	IT Service Manager	09.11.1963	Solingen	Neu-Anspach	Käthe-Kollwitz-Weg 2a
5	Eifert, geb. Liesering	Heike	Bürokauffrau	08.02.1962	Limburg	Neu-Anspach	Taunusstr. 74a
6	Euler	Harry	Dipl. Verw.-Wirt	21.11.1955	Anspach	Neu-Anspach	Altkönigstr. 20
7	Friedrich	Norbert	Selbstständiger	22.05.1953	Varias/Rumänien	Neu-Anspach	Nassau-Oranier-Weg 2
8	Hanson, geb. Bach	Barbara	Kaufm.-Angestellte	23.10.1962	Hausen-Arnsbach	Neu-Anspach	An der Seibelhohl 12
9	Hohmann, geb. Schwickert	Annette	Industriekauffrau	31.03.1966	Bad Homburg v.d.H.	Neu-Anspach	Am Dorfbrunnen 28
10	Hollenbach	Werner	Bauzeichner	03.12.1949	Usingen	Neu-Anspach	Höhenstraße 14
11	Höser	Egon	Verwaltungsangestellter	28.07.1945	Anspach	Neu-Anspach	Neue Pforte 6
12	Klauk, geb. Scharf	Monika	Einzelhandelskauffrau	19.02.1967	Reichenbach O/L	Neu-Anspach	Julius-Weber-Weg 8
13	Kollak	Michael	Beamter	17.01.1970	Ravensburg	Neu-Anspach	Brahmsstr. 24
14	Krebs	Jörg	Verwaltungsfachwirt	04.11.1968	Bad Homburg v.d.H.	Neu-Anspach	Obernhainer Weg 6
15	Lang	Wilfried	Rentner	23.04.1948	Bad Homburg v.d.H.	Neu-Anspach	Weilstraße 4 h
16	Lurz	Günther Josef	Heizungs- und Sanitärtechniker	02.03.1953	Frankfurt/Main	Neu-Anspach	Rudolf-Selzer-Str. 46
17	Mainz, geb. Wollgarten	Irmgard	Hausfrau	18.07.1951	Aachen	Neu-Anspach	Eisenbachweg 84
18	Pippinger, geb. Schneider	Petra	Angestellte	19.06.1959	Limburg	Neu-Anspach	Gustav-Heinemann-Str. 3
19	Rottschalk	Rene	Bankdirektor a.D.	14.12.1949	Hamburg	Neu-Anspach	Reifenberger Weg 3
20	Schimpf	Dieter	Versicherungskaufmann	15.05.1954	Frankfurt/Main	Neu-Anspach	Kleine Struth 6
21	Schmitt	Harald	Steuerreferent	22.01.1959	Atzbach	Neu-Anspach	Hinter dem Weiher 20

22	Schubert	Hans-Jürgen	Speditionskaufmann	26.02.1956	Hamburg	Neu-Anspach	Wilhelm-Leuschner-Str. 2
23	Schuh	Stephan Alfons	U-Bahn-Fahrer	22.07.1964	Frankfurt am Main	Neu-Anspach	Wernborner Str. 54
24	Schultz, geb. Schober	Gisela Katharina	Sparkassenfachwirtin	18.02.1955	Werdohl-Eveking	Neu-Anspach	Hunoldstaler Weg 14
25	Schwickert	Ulrich	Rentner	11.08.1944	Schmitten	Neu-Anspach	Julius-Weber-Weg 8
26	Senges	Frank Harald Peter	Bilanzbuchhalter	16.12.1953	Marl/Westfalen	Neu-Anspach	Fanny-Hensel-Weg 11
27	Spalt	Christian	Verwaltungsangestellter	05.01.1953	Anspach	Neu-Anspach	Häuser Weg 9a
28	Steinsberger Dr.	Jörg	Studienrat	28.01.1960	Driedorf	Neu-Anspach	Holunderweg 8
29	Tiesler	Harald	Wirtschaftsinformatiker	16.09.1952	Paderborn	Neu-Anspach	Alter Anspacher Weg 10
30	Weber	Wolfgang	Dipl.-Finanzwirt	13.08.1950	Frankfurt/Main	Neu-Anspach	Auf der Heide 30
31	Weber	Matthias	Sozialpädagoge	23.01.1988	Usingen	Neu-Anspach	Gartenstraße 11
32	Weber, geb. Regener	Klaudia	Dipl.-Betriebswirtin	21.02.1959	Dortmund	Neu-Anspach	Graf-von-Moltke-Weg 31
33	Zink, geb. Neugebauer	Leonore	Dipl.-Informatikerin	06.10.1959	Hameln	Neu-Anspach	Kurtrierer Weg 35

Beratungsergebnis: 29 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

3.3 Klimaschutzkonzept der Stadt Neu-Anspach

1. Beschluss des Konzeptes
 2. Festlegung von Klimaschutz-Zielen
 3. Umsetzung der Maßnahmen
 4. Einstellung eines Klimaschutzmanagers
- Vorlage: 130/2013**

Bürgermeister Klaus Hoffmann führt aus, dass die Seiten 4 und 237 bis 241 gegenüber der Ursprungsvorlage verändert wurde. Beschlossen werden sollten die Punkte 1 bis 5. Der im TULFA hinzugefügte Punkt 6 sollte nicht in den Beschluss aufgenommen werden, da dies den weiteren Verfahrensablauf aufhalten würde.

Stellungnahme der Fraktionen

a) Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für seine Fraktion bedankt sich Stadtverordneter Enno Pflug bei der Gruppe, die dieses Konzept letztlich aufgestellt hat. Mit dem Konzept könne Neu-Anspach nicht nur viel investieren, sondern auch Energie und bei steigenden Kosten dieser Energie auch Kosten sparen.

b) FWG-UBN-Fraktion

Für die FWG-UBN-Fraktion führt Stadtverordneter Manfred Klein aus, dass das Konzept bis ins Jahr 2050 reichen sollte. Der Klimaschutzberater werde jedoch nur für 4 bis 5 Jahre bestellt. Hier habe er die Hoffnung, dass das Land sich engagiere und der Klimaschutzberater länger eingesetzt werden könne.

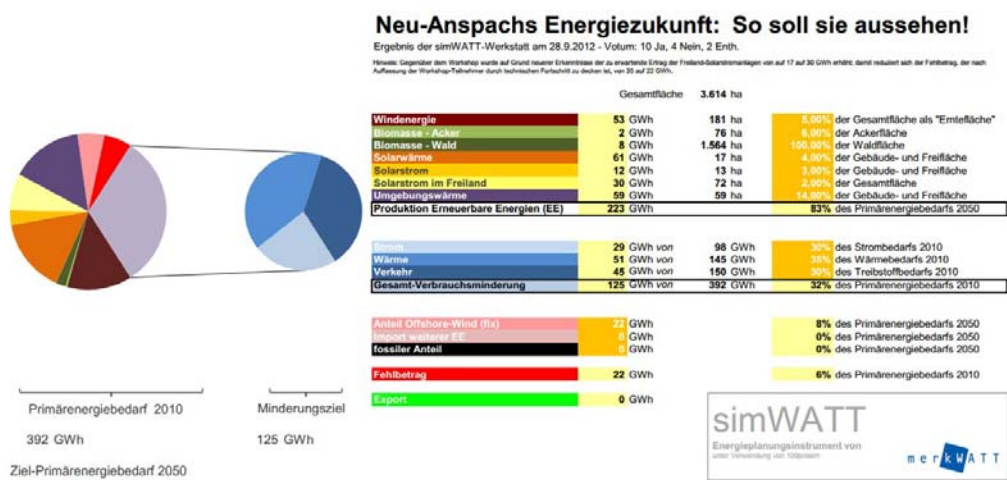
Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

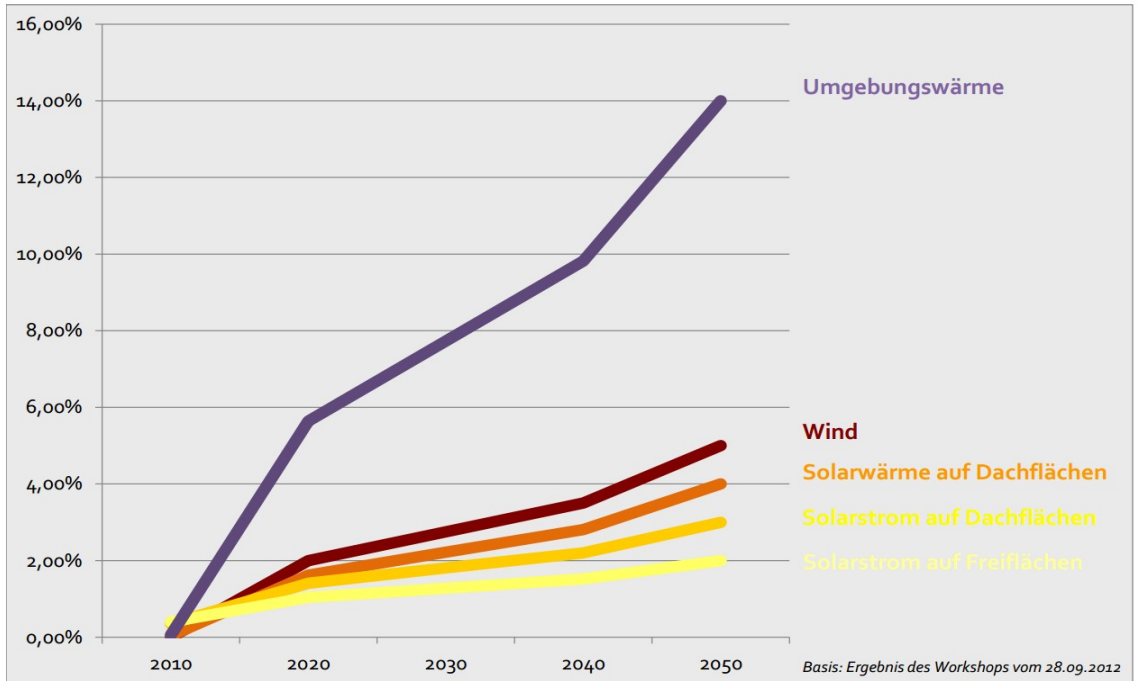
1. das dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügte Klimaschutzkonzept Neu-Anspach vom 30.04.2013 als grundsätzliche politische Handlungsempfehlung für die künftige Klimaschutzpolitik in Neu-Anspach anzunehmen,
2. als politische Selbstverpflichtung für die Stadt Neu-Anspach folgende Klimaschutz-Ziele festzulegen:

Die Stadt Neu-Anspach verpflichtet sich bis zum Jahr 2050 im Rahmen ihrer Möglichkeit eine höchst mögliche eigene erneuerbare Energie-Versorgung sicherzustellen und den Primärenergiebedarf 2010 von fast 400 Gigawattstunden bis 2050 um ein Drittel abzusenken in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr die drei Hauptsäulen der erneuerbaren Energien stellen die Solarwärme, die Umgebungswärme und die Windkraft dar

Als Grundlage dient das folgende Zielszenario 2050:



Als Orientierung für die konkreten klimaschutzpolitischen Maßnahmen dienen die Etappenziele aus der nachfolgenden Grafik:



Die vorgenannten Klimaschutz-Ziele werden unter Berücksichtigung der Fortschritte in der Umsetzung und der neu gewonnenen Erkenntnisse und technischen Fortschritte alle fünf Jahre überprüft und ggf. aktualisiert (Review-Prozess)

- die in dem Klimaschutzkonzept aufgeführten Maßnahmen in der Umsetzungsphase nach Verfügbarkeit der Mittel umgesetzt werden. Vorzugsweise werden die im Maßnahmenkatalog mit hoher Priorität eingestuft Maßnahmen zuerst in Angriff genommen.

PRIORITÄT A

	Priorität	Umsetzung	Maßnahme
BI-1	A	kurzfristig	Aufbau eines Klimaschutzmanagements - Einstellung einer Klimaschutzmanagerin / eines Klimaschutzmanagers
BI-2	A	kurzfristig	Klimaschutz-Motto und Logo
BI-3	A	kurzfristig	„Quick wins“ - Kleine Einsparmöglichkeiten mit großer Wirkung
BI-15	A	kurzfristig	Energiesäule - Erfolg sichtbar machen
G-5	A	langfristig	Energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude
EE-2	A	mittelfristig	Erneuerbare Energien durch Bürgergenossenschaft
EE-7	A	mittelfristig	Erzeugung von Solarenergie auf kommunalen Dächern
W-1	A	kurzfristig	Aktion „örtliches Handwerk ist fit für die Energiewende“

Bei der Auswahl und Bewertung von umzusetzenden Maßnahmen gelten folgende Kriterien:

die Maßnahme greift kurzfristig und wirkt langfristig

die Erfolge der Maßnahme sind messbar und vermittelbar

die Maßnahme sorgt für große Akzeptanz und bietet eine Chance auf Mitmachen in der Bevölkerung

- nach Beschlussfassung des Konzeptes einen Förderantrag für eine **halbe Personalstelle eines Klimaschutzmanagers (E 10)** zu stellen, der die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes fachlich-inhaltlich unterstützt und vom Bundesumweltministerium im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative mit einer Förderquote von 65 % gefördert wird. Dies darf aber erst frühestens im Jahr 2014 kassenwirksam werden.

Vorbehaltlich der Förderzusage und nach Bewilligung erfolgt die Ausschreibung der Stelle des Klimaschutzmanagers mit entsprechender Qualifizierung entsprechend der Eingruppierung E10 für den Förderzeitraum von maximal 3 Jahren.

Hierfür stellt die Stadt folgende Haushaltsmittel bereit:

2014: voraussichtlich 29.200 € (Kostenanteil Stadt abzüglich 65 % Förderung = 10.220 €) für eine halbe Stelle E 10 (ganzes Jahr)

2015: voraussichtlich 29.200 € (Kostenanteil Stadt abzüglich 65 % Förderung = 10.220 €) für eine halbe Stelle E 10 (ganzes Jahr)

2016: voraussichtlich 29.200 € (Kostenanteil Stadt abzüglich 65% Förderung = 10.220 €) für eine halbe Stelle E 10 (ganzes Jahr)

5. Ab 2015 stellt die Stadt für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und die Einstellung des Klimaschutzmanagers einen Prozentsatz an Haushaltsmitteln aus den erwirtschafteten Erträgen der erneuerbaren Energieproduktionsprojekte (Pachteinnahmen PV-Park Erdfunkstelle und geplanter Windpark) bereit. Die Höhe des Prozentsatzes wird von der Stadtverordnetenversammlung festgelegt.

Beratungsergebnis: 28 Ja-Stimme(n), 2 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

4. Mitteilungen des Magistrats

4.1 Mitteilungen des Magistrats Vorlage: 145/2013

1. Diesen Mitteilungen liegt eine Übersicht abgeschlossener Kaufverträge ab 1980 (im und außerhalb des Entwicklungsbereiches) sowie eine Übersicht der Gesamtumsätze der abgeschlossenen Kaufverträge (einschließlich Gebäudewerte) ab 1995 bis 1. Quartal 2013 bei.
2. Weiter sind Informationen zum Thema Jugendworkshop beigefügt.
3. Zur Zusammenführung der Freiwilligen Feuerwehren Westerfeld und Anspach liegt der Beschluss des Magistrats vom 27.05.2013 zur Information bei.

5. Anfragen und Anregungen

Schriftliche Anfragen liegen keine vor.

6. Sonstige Anfragen und Anregungen

6.1 Corinna Bosch

Es werden noch Personen gesucht, die die Neugeborengeschenke an die jeweiligen Eltern verteilen.

Hiermit ist die Tagesordnung erledigt. Der amtierende Vorsitzende, Hans Bruns, schließt die Sitzung um 20.35 Uhr.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer

Anlage: Klimaschutzkonzept